


**FAIRE
WOCHE**
10.–24. September 2021

ZUKUNFT FAIR GESTALTEN

Aktionsleitfaden zur
Fairen Woche 2021

#FAIRHANDELN
für Menschenrechte weltweit

Veranstalter



Kooperationspartner



Gefördert durch ENGAGEMENT
GLOBAL mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Gefördert durch



mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes



/01

Einführung ins Thema

Der lange Weg zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen

Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

Allg. Erklärung der Menschenrechte Art. 23 (3)

Der lange Weg zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen

Weltweit leiden Millionen Menschen unter prekären Arbeitsverhältnissen – von ausbeuterischer Kinderarbeit bis hin zu moderner Sklaverei. Politik, Wirtschaft und Verbraucher*innen sind gefragt, daran etwas zu ändern. Es gibt bereits eine Reihe an Erklärungen und Konventionen, die die Rechte von Arbeiter*innen sicherstellen sollen. So haben die Vereinten Nationen das Jahr 2021 zum internationalen Jahr zur Abschaffung der Kinderarbeit erklärt. Der Faire Handel zeigt seit 50 Jahren, wie nachhaltiges Wirtschaften funktioniert.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) müssen weltweit rund 150 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren arbeiten. Sie schufteten vor allem in der Landwirtschaft, aber auch im Dienstleistungsbereich, z.B. als Hausangestellte, und im industriellen Sektor, etwa in Minen. Ungefähr die Hälfte dieser Kinder verrichten gesundheitsgefährdende Tätigkeiten. Rund 40 Millionen Menschen werden als moderne Sklav*innen ausgebeutet - sogar in Europa, wenn man beispielsweise an die Arbeitsbedingungen von Migrant*innen im Obst- und Gemüseanbau in einigen Regionen



Der lange Weg zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen

Südeuropas denkt. Prof. Hartmann von der Uni Erlangen-Nürnberg schreibt, dass für jede*n Deutsche*n etwa 60 Sklav*innen arbeiten¹. Und mehr als 760 Millionen Menschen weltweit leben in extremer Armut - viele davon trotz harter Arbeit, die aber kaum zum Überleben reicht. Die Corona-Pandemie hat uns einmal mehr vor Augen geführt, dass auch in Deutschland Jobs bei Paketdiensten oder in Schlachthöfen an Ausbeutung grenzen und viele Beschäftigte in sozialen Berufen nicht die Wertschätzung bekommen, die sie verdienen.

Die Gründe für diese Missstände sind vielfältig. Ein wichtiger Faktor ist unser Wirtschaftssystem, das allzu häufig Konzernprofite vor die Interessen von Mensch und Umwelt stellt. Hinzu kommen ungleiche Machtkonstellationen - sowohl zwischen Unternehmen in internationalen Lieferketten, aber auch im Verhältnis zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen. Die ausweglose Situation vieler Arbeitnehmer*innen und Tagelöhner*innen, die aufgrund ihrer Armut oder der vermeintlichen Rechtlosigkeit von Migrant*innen ohne Papiere jede Arbeit annehmen müssen, spielt dabei eine große Rolle. Schließlich kann sich auch unser Konsumverhalten auf die Arbeitsbedingungen auswirken, wenn uns niedrige Preise wichtiger sind als eine faire Produktion.



Foto: WeltPartner/Selyn

¹Evi Hartmann: Wie viele Sklaven halten Sie? Über Globalisierung und Moral.

Was macht menschenwürdige Arbeitsbedingungen aus?

Eine allgemeingültige Definition, was menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind, gibt es nicht. Vielmehr umreißen verschiedene Erklärungen und Abkommen der internationalen Staatengemeinschaft, welche Rechte erfüllt sein müssen, um ebensolche Arbeitsbedingungen zu erreichen. So beinhaltet die 1948 verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte u.a. das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen, auf gerechte Entlohnung, die eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit.

Die ILO bezeichnet menschenwürdige Arbeit als einen entscheidenden Faktor für die Bekämpfung der Armut und für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Sie hat acht Kernarbeitsnormen verabschiedet, in denen grundlegende Arbeitsrechte definiert sind wie zum Beispiel die Abschaffung der ausbeuterischen Kinder- und Zwangsarbeit, die Vereinigungsfreiheit, das Verbot der Diskriminierung sowie der Grundsatz, dass für gleiche Arbeit die gleiche Entlohnung zu zahlen ist. Obwohl diese Kernarbeitsnormen von 140 aller 193 Staaten weltweit ratifiziert wurden und somit rechtlich bindend sind, wird tagtäglich gegen sie verstoßen.

Auch die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG, Agenda 2030), die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden, nehmen den Faktor Arbeit in den Blick. Das achte der insgesamt 17 Ziele fordert unter anderem, menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum für alle zu fördern.



Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und nachhaltiges Wirtschaften - ein Widerspruch?

Das SDG 8 fordert nicht nur die Beendigung der Kinderarbeit bis zum Jahr 2025 sowie die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, sondern auch ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum. Zwar soll dies einhergehen mit einer gesteigerten Ressourceneffizienz, so dass das Wachstum der Wirtschaft von der weiteren Zerstörung der Umwelt entkoppelt wird. Nichtregierungsorganisationen wie die kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt und Misereor sowie das Forum Fairer Handel warnen jedoch vor der Gefahr, dass diese Entkopplung nicht erreicht wird und stattdessen bei einem weiteren Wirtschaftswachstum die Belastungsgrenzen des Planeten überschritten werden. Der Faire Handel setzt sich kritisch mit dem auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftssystem auseinander und stellt die Vision einer Wirtschaft in den Raum, die das (Gemein-)Wohl des Menschen und der Umwelt in den Fokus rückt. Eine solche Ökonomie ist geprägt durch Prinzipien wie Kooperation statt Konkurrenz, Nutzen statt besitzen, einer Orientierung am Gemeinwohl sowie globaler Gerechtigkeit. Politik, Wirtschaft und jede*r einzelne ist aufgerufen, im eigenen Handlungsbereich Wirkungsmöglichkeiten zu finden und wahrzunehmen, um ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen, das den Menschen dient und die natürlichen Ressourcen nicht überfordert.

Der Faire Handel stellt den Mensch in den Mittelpunkt

Auch der Faire Handel bezieht sich auf die Kernarbeitsnormen der ILO, aber er geht einige Schritte weiter. Denn die Philosophie des Fairen Handels besteht nicht darin, „nur“ die schlimmsten Auswüchse menschenunwürdiger Arbeit zu unterbinden. Stattdessen geht es darum, den Menschen am Anfang der Lieferketten auf Augenhöhe zu begegnen und die Regeln des Handels so zu gestalten, dass ihnen ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten in Würde möglich ist. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Faire Handel im Laufe seiner 50-jährigen Geschichte ein breites Instrumentarium entwickelt. Dazu zählen zum Beispiel:

- **Höhere und verlässliche Einkommen**
Der Faire Handel sorgt unter anderem mit Mindestpreisen für bestimmte Produkte, einer zusätzlichen Fair Trade-Prämie, Vorauszahlungen und einer gemeinsamen Preisfestsetzung zwischen den Handelspartnern für höhere und verlässliche Einkommen für die Produzent*innen.
- **Transparenz**
Die Lieferketten des Fairen Handels sind transparent, so dass Waren bis zu den einzelnen Produzent*innen zurückverfolgt werden können. Dadurch können Missstände im Produktionsprozess erkannt und beseitigt werden.
- **Langfristige Zusammenarbeit**
Faire Handelsbeziehungen sind gekennzeichnet durch ihre Langfristigkeit. So entstehen Vertrauen und Planungssicherheit, die für alle Beteiligten wichtig sind. Langfristigkeit bedeutet auch, dass die Handelspartner gemeinsam durch Krisen gehen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass der Faire Handel ein solidarisches Miteinander lebt.
- **Geschlechtergerechtigkeit**
Der Faire Handel setzt sich dafür ein, politische, ökonomische und kulturelle Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Menschen aller geschlechtlichen Identitäten die gleichen Chancen haben, ihre Potentiale zu entfalten. Dazu gehören zum Beispiel Fortbildungen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit - nicht nur für Frauen - sowie Fortbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze in leitenden Funktionen.
- **Politische Arbeit**
Neben den konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzent*innen setzt sich der Faire Handel für strukturelle Veränderungen auf verschiedenen politischen Ebenen ein. So sollen Regeln für den Welthandel gerechter gestaltet und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle Menschen umgesetzt werden.

- **Sicherung der Rechte von Kindern**

Ausbeuterische Kinderarbeit ist im Fairen Handel streng verboten. Stattdessen trägt der Faire Handel dazu bei, dass Kinder ihr Recht auf Kindheit und auf Bildung wahrnehmen können - zum Beispiel durch Investitionen in das Bildungswesen und höhere Erlöse für die Arbeit ihrer Eltern, so dass diese nicht auf die Mitarbeit ihrer Kinder angewiesen sind.

Dabei legt der Faire Handel einen Schwerpunkt auf Kleinbäuer*innen und Kleinproduzent*innen. Ihre Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit will der Faire Handel ebenso fördern wie eine ökologische und ressourcenschonende Produktion. Ziel ist die größtmögliche Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Kleinproduzent*innen zu erreichen sowie deren Ernährungssicherheit zu gewährleisten und die Landflucht zu verhindern.

Auch der Faire Handel steht vor Herausforderungen

Der Faire Handel ist eine Erfolgsgeschichte. Für rund 2,5 Millionen Kleinproduzierende und ihre Familien und Gemeinschaften schafft der Faire Handel konkrete Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Doch so wichtig diese Veränderungen für die jeweiligen Menschen sind - die Erfolge des Fairen Handels dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Breitenwirkung begrenzt ist. Und dass das bestehende Wirtschaftssystem eher den Interessen der Konzerne dient als denen von Mensch und Umwelt. Hinzu kommt, dass sich die Politik allzu oft dem Druck der Wirtschaftslobbyist*innen beugt und Handelsregeln so festlegt, dass sie den Interessen der Wirtschaft entgegenkommen. Der Widerstand großer Wirtschaftsverbände gegen ein starkes Lieferkettengesetz in den letzten Monaten und Jahren ist ein deutliches Beispiel dafür.

Hinzu kommen weitere Herausforderungen. So wird beispielsweise das Ziel, existenzsichernde Einkommen zu gewährleisten, noch nicht bei allen Handelspartnern erreicht. Denn zum einen ist es vielerorts schwierig, zu berechnen, wie hoch ein Einkommen sein müsste, um tatsächlich die Lebenshaltungskosten für sich und die Familie zu decken – einschließlich Investitionen in Bildung und Gesundheit sowie Rücklagen für Notfälle. Darüber hinaus besteht die Herausforderung, dass alle an der Lieferkette beteiligten Akteure - einschließlich der Kund*innen - sich an den höheren Einkaufspreisen beteiligen müssten. Auch von der Klimakrise und der Corona-Pandemie sind die Handelspartner im Globalen Süden stark betroffen und der Faire Handel ist gefordert, Antworten zu finden.

Die Politik ist gefragt

Diese Herausforderungen machen deutlich, dass der Faire Handel menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit nicht alleine erreichen kann. Vielmehr ist die Politik gefordert, die Rahmenbedingungen für den (Welt-)Handel so zu gestalten, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen die Regel sind und nicht nur durch freiwillige Initiativen wie den Fairen Handel erreicht werden.

In seinem Grußwort zur Fairen Woche ruft auch Bundesentwicklungsminister Müller dazu auf, die Probleme klar zu benennen und zu handeln:

„Wir, Unternehmen, die Zivilgesellschaften und die Politik, können und müssen noch besser und lauter werden – für Menschenrechte, ein ressourcenschonendes und nachhaltiges Wirtschaften.“



Foto: Michael Gottschalk/photothek.net

Der lange Weg zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen

Konkret fordert die Fair-Handels-Bewegung von der Politik für die nächste Legislaturperiode unter anderem,

- existenzsichernde Löhne und Einkommen weltweit zu fördern;
- die menschenrechtliche Sorgfalt für Unternehmen auf nationaler, EU- und UN-Ebene wirksam und verbindlich durchzusetzen;
- Handelspolitik fair zu gestalten;
- globale Klimagerechtigkeit herzustellen;
- sowie soziale und ökologische Kriterien zum Standard bei der öffentlichen Beschaffung zu machen.

Dass die Instrumente des Fairen Handels wirken, zeigen sie seit 50 Jahren. Sie können der Politik somit als Leitlinien dienen, wie gerechtere Regeln für den Welthandel aussehen können.

Der Faire Handel lädt ein, mitzugestalten

Neben Politik und Wirtschaft sind alle Menschen gefragt, den eigenen Lebensstil und das eigene Konsumverhalten zu reflektieren und neue Handlungsoptionen zu entdecken. Denn durch unsere täglichen Konsumententscheidungen, aber auch durch unser politisches und bürgerschaftliches Engagement haben wir zahlreiche Möglichkeiten, Lieferketten und politische Rahmenbedingungen mitzugestalten. Der Faire Handel bietet hier viele Optionen: tolle Produkte, interessante Veranstaltungen und zahlreiche Möglichkeiten, sich einzubringen und die eigene politische Stimme zu erheben.

Wie möchte ich in Zukunft arbeiten?

*Was sind für mich
menschenwürdige Arbeitsbedingungen?*

*Welche Möglichkeiten habe ich,
darauf Einfluss zu nehmen?*

Unter dem Motto „Zukunft fair gestalten“ lädt die Faire Woche vom 10. bis 24. September dazu ein, den Fairen Handel und seine Hintergründe kennenzulernen. Mehr als 1.000 Veranstaltungen bundesweit rücken das Thema der menschenwürdigen Arbeit in den Fokus. Nutzen Sie diesen Rahmen, um mit einer eigenen Veranstaltung Ihre Kundschaft, Ihre Kolleg*innen und Ihre Netzwerke zu erreichen und mit dem Fairen Handel in Berührung zu bringen. www.fairewoche.de



Zentrale Aussagen zur Fairen Woche 2021:

- Die Arbeitssituation für viele Menschen weltweit, insbesondere im Globalen Süden ist skandalös: Millionen Menschen leiden unter prekären Arbeitsbedingungen und werden ausgebeutet, darunter rund 150 Mio. Kinder.
- Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, diesen Missständen wirksam zu begegnen, greifen bisher zu kurz.
- Für den Fairen Handel ist die Erreichung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen das zentrale Ziel. Höhere und verlässliche Einkommen, eine langfristige, partnerschaftliche Zusammenarbeit und das Bestreben, politische und ökonomische Rahmenbedingungen gerechter zu gestalten, sind seine wichtigsten Ansatzpunkte. Sie können Politik und Wirtschaft als Leitbild dienen.
- Die Ausrichtung unsere Wirtschafts- und Konsummodells auf Wachstum und möglichst günstige Preise ist nicht vereinbar mit einem ökologisch und sozial nachhaltigem Wirtschaften, das allen Menschen dient und die Natur schützt.